

Kulturpolitische Ziele in der 21.

Legislaturperiode: Bündnis 90/Die Grünen - Katrin Göring-Eckardt

Die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag und ihre Vorhaben

geschrieben von Katrin Göring-Eckardt

Kulturpolitik wird häufig mit großen Begriffen und ambitionierten Visionen verhandelt – vorzugsweise im Feuilleton. Dabei braucht Kultur mehr als nur Freiheit als abstrakten Wert. Sie braucht konkrete Lösungen, Sicherheit im Alltag und einen verlässlichen Rahmen. Denn vor allem dort, wo sie nicht permanent um ihre Existenz kämpfen muss, kann sie das tun, worum es ihr eigentlich geht.

Schon in diesem Jahr werden langfristige Lösungen für aktuelle Herausforderungen der Branche dringend erforderlich sein – etwa bei der Förderung von Verlagen, die zügig angegangen werden muss, oder in der Filmförderung, wo weitere Schritte, wie das Steueranreizmodell, zeitnah umgesetzt werden sollten.

Kunst und Kultur sind der Humus in der Erde, das Salz in der Suppe und der Stachel im Fleisch. Und das ist nicht gesagt, um möglichst viele Metaphern aufzuzählen, sondern um klarzumachen, dass Kunst sich nicht verwalten lässt und Kultur immer wieder Neuanfänge braucht.

Die hohen Vertrauenswerte in kulturelle Institutionen innerhalb der Bevölkerung sprechen dabei für sich. Umso wichtiger ist es, den Zugang zu diesen Orten möglichst vielen Menschen zu erhalten und neu zu eröffnen. In die Theater und Museen gehen mehr Menschen als in die Fußballstadien der 1. Liga. Es ist also keine Eliteveranstaltung, sondern am ehesten eine Freude für viele, Anregung, Ansporn, Aufregung. Gut so. Der Kulturpass ist dafür eine gute Eintrittskarte, ein Anstiften zu beginnen oder weiterzumachen. Er sollte unbedingt erhalten und gern ausgeweitet werden. Und doch geraten kulturelle Institutionen zunehmend in den Fokus von Kürzungen und Einflussnahmen. In vielen Städten erfahren Theater massive Eingriffe in ihre Arbeit und Finanzierung.

Wer ihnen den Boden entzieht, schwächt nicht nur die Kunst, sondern auch die demokratische Öffentlichkeit.

Es braucht deshalb Schutz, der solche Angriffe abwehrt und den betroffenen Stellen Sicherheit gibt. Ein zentrales Ziel der kommenden vier Jahre sollte es daher sein, diese vielfältigen Kulturen, Orte, Möglichkeiten zu sichern, auszubauen und noch besser zugänglich zu machen. Darum ist es kein Detail, sondern eine demokratische Notwendigkeit, die Bundeskulturfonds zu stärken. Um Vertrauen auszusprechen: in die Diversität künstlerischer Praxis, in die Kompetenz derjenigen, die täglich mit Stoffen, Stimmen und Wissen arbeiten.

Damit Kunst und Kultur nicht durch Rechtfertigungsdruck im Keim erstickt werden, sondern wachsen können – vielfältig, facettenreich und im eigenen Tempo.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 7-8/2025](#).